

Die Krise der Partei, Putins Krieg und die Wiederbelebung der LINKEN

(Beitrag von Hartmut Obens Strategiekonferenz am 10. April 2022)

1. Putins Krieg und die „Zeitenwende“: Gegen Sowjetnostalgie – für marxistische Analyse des Putinschen Kapitalismus- und Imperialismustyps

Putins Bomben und Panzer vernichten Menschenleben, treiben Millionen in die Flucht, es leiden und sterben Kinder und deren Mütter. Es leidet und stirbt die Zivilbevölkerung. Opfer der von Putin verbreiteten Lüge von der angeblichen „Entnazifizierung“ ist auch Boris Romanschenko (96), Vizepräsident der KZ-Lagergemeinschaft Buchenwald/Dora. Er wurde von einer russischen Bombe getötet.

Auf der anderen Seite: Olaf Scholz vollzieht einen brandgefährlichen Turn. In Schröders Basta-Manier und ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion verkündet er unter dem Jubel der CDU/CSU seinen 100-Milliarden-Aufrüstungscoup und die Unterwerfung unter die 2%-Forderung aus Brüssel, offenbar getrieben von dem Ehrgeiz, zum "Musterschüler der NATO" (Friedrich Steinfeld) zu werden. Die Entspannungspolitik Willy Brandts wird komplett entsorgt. Das begründen die Autoren Hasko Hüning, Joachim Bischoff und Friedrich Steinfeld in der Ausgabe 4/22 von „Sozialismus“ auf höchst überzeugende Weise. Joachim Bischoff betont, dass mit der Sanktionspolitik ein Wirtschaftskrieg gegen Russland geführt wird, der nicht Putin und die Oligarchen, sondern die Menschen in Russland trifft und ebenso Inflationsschübe und Versorgungsprobleme in der Bundesrepublik erzeugt, von denen ebenso die einfachen Menschen betroffen sind und nicht die herrschende Elite. Dieser Wirtschaftskrieg bekommt immer mehr ein Ausmaß, eine Weltwirtschaftskrise vom Zaun zu brechen. Die herrschenden Auguren schwören „das Volk“ auch schon auf „härtere Zeiten“ ein; der zu erwartende massive Sozialabbau und die Umverteilung von unten nach oben dürften zu einem neoliberalen Freudenfest werden. Die Bundesrepublik befindet sich im Schlepptau der US-Geopolitik zur Durchsetzung imperialistischer Interessen gegen China; der Versuch, Russland wirtschaftlich und finanziell zu "zerstören" (Originalton Baerbock), macht deutlich, dass das Leben in Deutschland und Europa ganz bestimmt nicht sicherer werden wird. Auch Klaus von Dohnanyi, rechter Sozialdemokrat und früherer Mitstreiter der sozialdemokratischen Entspannungspolitik Willy Brandts, hat gegen den NATO- und Aufrüstungskurs des Sozialdemokraten Scholz allerhand einzuwenden hat (Hüning).

Zur Verdunkelung der tatsächlichen Motive dieses Putin-Krieges hat sicherlich dazu beigetragen, dass die deutsche Linke die seit Jahrzehnten wortbrüchig vorangetriebene NATO-Ausdehnung und Umkreisung Russlands immer wieder analysiert und die NATO-Ausdehnung und die Raketenauflastungen als aggressive Politik kritisiert hat, worin sie ja auch von vielen internationalen Fachleuten und Experten unterstützt wurde (ich erspare mir, hier Belege anzugeben). Andererseits – und das kommt in diesen Analysen häufig zu kurz, haben die inneren Veränderungen in Russland unter Putin auch den nachsowjetischen Kapitalismustyp in einem Ausmaß verändert, bei dem die Putin-Aggression nicht als von außen provoziert oder als Rechtfertigung auf die NATO-Politik genommen werden kann, wie es manche Linke sehen und Putin dadurch eher entschuldigen als kritisieren.

„Beim Putin-Regime“, so Klaus Dörre, „handelt es sich keineswegs um klassischen Imperialismus und schon gar nicht um eine Renaissance des Sowjetkommunismus. Putin personifiziert einen exterministischen Autoritarismus, der unter den Bedingungen der Zangenkrise auf den Niedergang der einstigen Supermacht Sowjetunion reagiert.“ (4/22, S. 19) Unter „Exterminismus“ versteht der marxistische Historiker E.P. Thompson aus der Zeit eskalierender Blockkonfrontation im Kalten Krieg diejenigen Mechanismen von Volkswirtschaften, politischen Ordnungen und Ideologien, die als „Schubkraft in eine Richtung wirken, deren Resultat die Auslöschung großer Menschenmassen sein muß.“ (Thompson, zit. In Dörre S. 19).

Das heißt nichts anderes, als dass ein politischer Herrschaftstyp von Schlage eines „Putinismus“, der durch „normale“ politische Prozesse wie Ablösung durch Wahlen (was immerhin bei Trump noch möglich war, wenn auch mit den bekannten Begleitumständen) nicht abzulösen sein wird und dadurch die Tendenz zur Führung dieses Kriegen verstärkt. Folglich erweist sich dieser *Krieg als die Fortsetzung der bonapartistischen Diktatur Putins mit anderen Mitteln!*

Deshalb muss analysiert werden, welche innerkapitalistischen ökonomischen und militärischen Widersprüche und Entwicklungen die in diesem Angriffskrieg zum Ausdruck kommenden Triebkräfte zum Durchbruch gebracht haben, ohne die aggressive Politik der NATO aus dem Spiel zu nehmen oder sie gar für Linke in der BRD als jetzt hinnehmbar zu erklären (wie kürzlich Mathias Höhn). Unzulänglich ist aber auch, wenn manche, die sich

Marxisten nennen, einzig den Worten und Erklärungen Putins und Lawrows als Beweis für ihre Auffassung heranziehen und nicht eine materialistische Analyse der materiell-ökonomischen und politischen Entwicklung des kapitalistischen Russlands der postsowjetischen Ära vornehmen. Damit kann auch die irrige Auffassung zurückgewiesen werden, dass Putin „schon immer“ diesen Krieg wollte. Seine „historisch-großmachtrussischen“ Rede hatte keinen anderen Zweck, als diesen Krieg gegen die Ukraine zu „begründen“ und für seine kriegerischen Absichten ein Narrativ aufzubauen, die reaktionäre Allianz von orthodoxer Kirche, Panslawismus und russischem Chauvinismus hinter sich zu bringen und die Bevölkerung dadurch weiter ruhig zu stellen. Dazu können hier nur Stichworte geliefert werden, die durch die marxistische Forschung konkreter auszuarbeiten wären:

- Krisenentwicklung in der sozialen und ökonomischen Entwicklung seit den Nuller Jahren und die Verschärfung der russischen Politik nach innen (völkerrechtswidrige Krim-Annektierung mit Zustimmung der russisch-stämmigen Bevölkerungsteile im ukrainischen Osten)
- Folgen des Putinschen Bonapartismustyps auf den stagnativen Mechanismus von Ökonomie und Politik in Russland
- Der Nawalny-Komplex und die Rolle der Geheimdienste
- Veränderungen im Zusammenspiel und Widersprüchen zwischen den Oligarchen und dem Putin-Machtkomplex
- Demokratische Entwicklungen in der russischen Zivilgesellschaft
- Verfestigung der Einseitigkeiten und Fehlentwicklungen in der gesamtwirtschaftlichen Situation Russlands durch Russland als Rohstofflieferant der westlichen Welt
- Zunehmende Differenz zur erfolgreichen wirtschaftlichen Entwicklung in China und damit einhergehender Anschlussverlust an die digitalen und „grünen“ Strukturveränderungen in der kapitalistischen Weltwirtschaft
- Sollte Putin diesen Krieg politisch nicht überstehen, kann eine politische Nachfolge eventuell darin bestehen, sich komplett gegenüber dem Westen zu öffnen und gleichzeitig ein komplett reaktionäres und rassistisch-nationalistisches Russland den Weg zu öffnen (Typ Nawalny).
- Marxistische Rußlandanalytiker werden sicher auch andere Gründe ausmachen und in die Tiefe gehen können

Ich bin mir sicher, dass dieser russische Kapitalismustyp die sich aufbauenden Stagnationen und Anschlussverluste an die Weltwirtschaft nicht wird stemmen können. Dieser Kapitalismus „nachsowjetischen Typs“ hat in der letzten Zeit möglicherweise zu Konflikten mit bestimmten Oligarchen geführt, die ihre Machtbasis schwinden sehen und jetzt durch den Krieg und seine Folgen entscheidend unter Druck geraten. Ob diese Oligarchen die Macht und den Mut haben, Putin abzusetzen, vermag ich nicht einzuschätzen. Ob das russische Volk durch die Kriegs- und Sanktionsfolgen sich ermutigt sieht, bei den Wahlen oder durch offene Rebellion andere politische Führungen durchzusetzen, kann ich ebenso wenig einschätzen; ich weiß auch nicht, welche das sein könnten. Sicher scheint mir aber zu sein, dass dieser Krieg das Ende seiner Herrschaft einläutet – früher oder später. Ob die dann folgenden politischen und ökonomischen Strukturen den russischen Kapitalismus zu modernisieren vermögen und welche Ergebnisse die Regime-Change-Politik des Westens haben werden, wird die weitere Entwicklung zeigen.

2. SPD unter Scholz: Forcierter Rüstungswettlauf und Aufbau der BRD als europäische NATO-Führungsmacht – Die Entsorgung der Entspannungspolitik Willy Brandts

Und die Reaktion der bundesdeutschen Politik auf Putins Aggression? Bundeskanzler Scholz und seine grünen und gelben Koalitionäre rüsten auf und paktieren als Alternative zum russischen Öl jetzt mit arabischen Ölstaaten, mit frauen- und demokratiefeindlichen Folterregimes. Die devote Haltung Habecks drücken das augenscheinlich aus, was als „wertegeleitete Außenpolitik“ gehandelt wird! Die "Ampel"-Regierung, gewählt in der Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit und Überwindung der Klimakrise, verpulvert Milliarden für die Aufrüstung und stellt die beschlossenen Ziele zur Überwindung der Klimakatastrophe vorerst hinten an. Bei den Kriegswaffenkonzernen knallen die Champagnerkorken. Die ökologische Krise und die anderen Krisenentwicklungen spitzen sich derweil zu, der Kapitalismus in der

BRD fordert jetzt unverhüllt sein Recht. Und die Pandemiekrise ist noch längst nicht ausgestanden. Die Menschen verhalten sich ängstlich und abwartend und fragen sich, ob und wie sie heil aus dieser Situation herauskommen. Die regierenden Parteien geraten immer tiefer in den Strudel von Aufrüstung, Konfliktverschärfung, Waffenlieferungen, Wirtschaftskrieg und politisch aggressiver Rhetorik.

Sie sagen, dass ihre Sanktionen auf Putin und die Oligarchen zielen, sie treffen aber die einfachen Menschen in Russland und gefährden gleichzeitig die wirtschaftliche Sicherheit und Energieversorgung im eigenen Land. Die Inflationsspirale wird weiter angeheizt, Verlierer sind die einkommensschwachen Bevölkerungsgruppen, die Rentner:innen, Geringverdiener:innen und Transferempfänger:innen in unserem Lande. In der Politik und in den Medien herrschen die Sprache des Krieges und die Logik von Militarismus und Aggression. Der Nationalismus und der Rassismus nehmen zu. In der Kultur reicht es aus, eine russische Staatsbürgerschaft zu haben, um auf Verfeindetenlisten zu landen. Alte und überwunden geglaubte russophobe Hassgefühle kommen wieder hoch, die in Sowjetrußland und vor dem Krieg gegen die Ukraine mühsam zurückgehalten wurden. Aber Tatsache ist: Von der Sowjetunion ist bisher kein Krieg ausgegangen, während umgekehrt der vom Hitlerfaschismus gegen die Sowjetunion geführte Krieg 27 Millionen Sowjetmenschen das Leben gekostet hat, darunter Ukrainer und Menschen der anderen Sowjetvölker. Diese Opfer des deutschen Angriffskrieges fanden übrigens in der Rede des deutschen Bundespräsidenten zum 8. Mai nicht mal eine Erwähnung!

Nicht im kältesten Krieg hatten wir es mit einer solch gefährlichen und unkontrollierbaren Zuspitzung zu tun.

Und die LINKE? Sie ist ebenfalls in der Krise, und keiner weiß, ob sie da wieder rauskommt. Obwohl sie so dringend wie zu sonst keiner anderen Zeit gebraucht wird. Was ist zu tun? Ich meine, die LINKE ist nicht gut beraten, sich in einer Situation politischer Defensive auch noch vorwiegend mit sich selbst zu beschäftigen und zu glauben, dass nach innen gerichtete Diskussionen und Auseinandersetzungen ihre Konflikte überwinden könnten. Das heißt natürlich nicht, dass in dieser Partei nicht mehr diskutiert werden soll, zumal sich zwei Parteihälften gegenüber stehen, deren Narrative sich gegenseitig ausschließen und eine Spaltung unvermeidlich erscheinen lassen. Darauf deutet zumindest die Äußerung von Susanne Henning-Wellsow hin, dass sich die LINKE auf dem kommenden Parteitag von gewissen Mitgliedern trennen müsse. Wie das konkret gemeint war und welche Teile der Partei das betreffen würde, hat sie allerdings im Dunkeln gelassen.

Dass strategische Diskussionen möglich und sinnvoll sind, zeigt ja auch die heutige Konferenz. Ich meine aber, dass diese Diskussionen in der jetzigen Phase in erster Linie die durch die Scholz-Politik in unserem Lande Kampf gegen Rüstungswahn und den zu erwartenden massiven Sozialabbau nach vorne stellen sollte und auch die Fragen aufwerfen sollten, unter welchen programmatischen Voraussetzungen die Einheit der Partei und ihre Weiterentwicklung zu einer massenwirksamen und unabhängigen linkssozialistischen Partei möglich ist, die sich weder in eine linkssektiererische Isolation hineinmanövrieren noch zu einer systemkonform und politisch wirkungslosen Mehrheitsbeschafferin für die Scholz-SPD degenerieren sollte. Dabei wird uns das bloße Beharren auf dem Erfurter Programm noch die Aufweichung einer linken Oppositionspolitik zur NATO weiterhelfen. Das heißt nicht, dass wir darauf verzichten können, die entstandene Situation neu zu analysieren und dabei das durch Putins Krieg entstandene und medial verstärkte Sicherheitsbedürfnis der Menschen in unserem Lande zu unterschätzen, mit dem Scholz punkten kann und zur Zeit keinen nennenswerten Widerstand aus der Bevölkerung ertut. Die suggestive Äußerung von Mathias Höhn jedoch, dass „wir“ in dieser Situation auf die NATO nicht verzichten könnten, ist keine glaubhafte Aufforderung zum Kampf gegen Aufrüstung und Sozialabbau, sondern eher ein Signal an Scholz, der ja immer wieder von der LINKEN gefordert hat, von ihrer ablehnenden Haltung zur NATO abzurücken, um „regierungsfähig“ zu sein.

Was ist es denn, worauf wir uns j e t z t ein schwören müssen, um einheitlich und geschlossen wieder in die Offensive zu kommen?

Ein besonders wichtiges Beispiel ist der Appell „Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!“ Es ist in der Tat nicht wenig, was es jetzt geeint von der Linken (groß und klein geschrieben) nach vorne zu bringen gilt:

- Kampf gegen die Wahnsinnsaufrüstung und der Unterwerfung unter die NATO-Forderungen

- 100 Milliarden für den Sozialstaat, für soziale und ökologische Umgestaltung, für gute Arbeit und gesundheitliche Versorgung
- Kampf der Hyperinflation und ihrer Folgen (Löhne, Renten und Transfersätze)
- Sicherstellung der Energieversorgung, gegen atomares Rollback und für massiven Ausbau der erneuerbaren Energien
- Kampf für bezahlbares Wohnen, Vergesellschaftung der Wohnungskonzerne

Im Appell „**Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz**“ heißt es:

„Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukrainekonflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.“

Diese Forderungen und Argumente sind es, die die LINKE als politischen Schwerpunkt jetzt nach „außen“ zu tragen hat..

3. Der „grüne Kapitalismus“ und die „Wandlung“ der Sozialdemokratie: Die Krise der Partei als Ergebnis verpasster programmatischer Veränderungen einer linkssozialistischen Partei

Der Zustimmungsverlust für die LINKE ist nicht erst das Ergebnis der zurückliegenden Bundestagswahlen und der davor stattgefundenen Europawahlen, gewiss auch nicht die Folge des Putin-Angriffskrieges gegen die Ukraine, obwohl die in der Partei vorhandenen Unstimmigkeiten über Putin den Zustimmungsverlust noch verstärkt haben mögen. Die Krise der Partei datiert schon einige Jahre, und man muss die Frage nach den Gründen dieser Entwicklung sehr grundsätzlich suchen. Was macht den Aufstieg einer Partei aus und was ihren Abstieg?

Zeigen wir das zunächst auf am Beispiel der SPD. Zweifellos hat die Hartz-4- und Niedriglohn-Politik Gerhard Schröders im Zeichen der „Globalisierung“ die Weltmarktposition des deutschen Kapitals gestärkt, durch Senkung der Lohnkosten und den korporatistischen Druck auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Im Zuge seiner „Basta“-Politik hatte Schröder, teils mit erpresserischem Druck, seine Partei auf einen neoliberalen Kurs getrieben, der vor allem die Arbeitsmarktpolitik im Interesse des Kapitals „reformierte“. Dieser „Umbau des Sozialstaats“ hatte viele Arbeiter- und Gewerkschafter:innen gegen den „Genossen der Bosse“ und die SPD aufgebracht und zur Gründung der „WASG“ geführt, die gemeinsam mit der PDS die Gründungsparteien der LINKEN wurden. Diese Politik hat der SPD rund 10 Millionen Wählerstimmen gekostet und erheblich zum damaligen Wahlsieg von Angela Merkel beigetragen. Von da an befand sich die SPD im Krisen-Dauermodus, während die LINKE ihren Aufstieg nahm und es schaffte, zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte der BRD eine stabile und wirkungsmächtige Partei links von der SPD zu etablieren. Die Stärke der LINKEN begründete sich durch die Schwäche der SPD. Ihre Identität fand sie in der Opposition gegen die Hartz-4-Politik und ihren Kampf für die Interessen der arbeitenden Menschen. In dem Maße, wie die Merkel-Politik auch Elemente sozialdemokratischer Politik aufnahm, nahm sie der SPD Wind aus den Segeln („asymmetrische Demobilisierung“) und konnte ihre Kanzlerschaft für 16 Jahre halten. Solange die SPD an den Ursachen ihres Niedergangs festhielt, änderte sich an diesen Dauerniederlagen nichts. Das zurückgelassene konservative Personal der 50er-Jahre-CDU wurde zunehmend unzufriedener, und deren ultrakonservativ-reaktionärer Teil sammelte sich in der AfD und beförderte in der Nachkriegsgeschichte erstmals erfolgreich die Gründung einer rechts von CDU/CSU stehenden rechtspopulistischen Partei mit zunehmend faschistoiden Tendenzen. Aber mit den Entwicklungen im modernen Kapitalismus, getrieben durch die Umbrüche des „digitalen“ und „grünen“ Kapitalismus war das Merkel-Modell an ihr Ende gelangt und erstmals wieder hatte die SPD wieder eine Chance, sich ins Spiel um die (Regierungs-) Macht zu bringen. Man sprach jetzt von „Erneuerung“ der SPD, und Scholz, einer der Architekten der Hartz-4-Politik

und rechter Hardliner in der Innenpolitik (Hamburg) machte sich zum Gewinner dieser SPD, obwohl er noch beim Mitgliederentscheid zum SPD-Vorsitz gescheitert war. Scholz wurde, trotz veränderter, etwas nach links gerückter Zusammensetzung der Parteiführung, wieder zum entscheidenden Player der Partei. Tatsächlich hat er eine wirkliche Erneuerung der SPD verhindert und den Inhalt und Stil der Politik aus den Zeiten der Großen Koalition mehr oder weniger bruchlos übernommen. Das taktische Konzept: Im Merkel-Stil in die Nach-Merkel-Ära. Aber Scholz wäre nicht Scholz, wenn er nicht die Zeichen der Zeit erkannt hätte, das Erscheinungsbild der SPD in Zeiten der Klimakrise und der „Digitalisierung“ programmatisch und wahltaktisch vorsichtig anzupassen. In kleinen Schritten, oft nur formell und mit Hilfe von Begriffsumbildungen („Bürgergeld“ statt „Hartz-4“), rückte man von der im Misskredit geratenen Schröder-Politik ab, ohne freilich auf die Kernelemente der Sanktionspolitik gegen beschäftigungssuchende Arbeitnehmer:innen zu verzichten: Im Wahlkampfsprech hieß es jetzt „Anerkennung der Lebensleistung“, und zur Ruhigstellung der Rentner:innen sicherte man den arbeitenden Menschen „Respekt für ihre Lebensleistung“ zu usw. Kern seiner Wahlkampfstrategie war die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro. Das zog. Die 13-Euro-Forderung der LINKEN erschien eher als standardmäßige Überbietungsforderung ohne Erfolgsaussichten. Auch die sozialdemokratische Wahlkampfwerbung war geschickt und wirksam: Roter Hintergrund, Scholz-Kopf und knackige Formulierungen haben gezogen. Damit hatte er dann, nebst glücklicher Umstände durch die Querelen mit Söder und dem Fehlverhalten von Laschet in der Unwetterkatastrophe im Ahrtal, die SPD zu guter Letzt in die Vorhand gebracht. Die Grünen, besonders Baerbock, haben sich dann selber aus dem Spiel genommen, sodass Scholz der glückliche Dritte wurde. Kurzum: Konzept und Wahlkampf von Scholz gingen auf und verschafften der jahrelang vor sich hin dümpelnden SPD eine Trendumkehr. Man wird sehen, ob die veränderte Führungszusammensetzung mit dem vom „Scholzkritiker“ zum Generalsekretär gewandelten Kevin Kühnert, der Parteilinken Saskia Esken und dem Parteirechten Lars Klingbeil sich auch in der Regierungspolitik von Scholz niederschlägt. Auch die Verjüngung der SPD-Bundestagsabgeordneten geben das Bild einer „Revitalisierung“ der SPD ab, mit der es gelingen könnte, die LINKE überflüssig zu machen und den alten Zustand, dass links von der SPD keine relevante Kraft existiert und eine nennenswerte linke Opposition ausübt, wieder herzustellen.

Und die LINKE?

Sie hat die „Erneuerung“ der SPD unter Scholz in ihrer Halbheit und Unwahrhaftigkeit vielfach kritisiert und linke soziale Alternativen dagegeengehalten, gab sich aber häufig, am offensichtlichsten in der Mindestlohnfrage, als die „etwas bessere SPD“. Was die LINKE versäumt hat, war die vor allen programmatischen Veränderungen der SPD angesichts der Herausforderungen eines „digitalen“ und „grünen“ Kapitalismus genau zu analysieren und dazu alternative gesellschaftliche Perspektiven jenseits des Kapitalismus aufzuzeigen. Nicht Widersprüche „ausgleichen“, sondern „überwinden“, hätte stärker als Tendenz der LINKEN in der Auseinandersetzung mit der SPD herausgearbeitet werden müssen. Was unterblieb, war eine grundlegende „Schärfung“ des Profils als linkssozialistische Partei, als Antwort auf das kapitalismuskonforme „linksliberale Angebot“ von SPD und Grünen. Der Kapitalismus in seiner jetzigen Phase ist, darauf verweist der Sozialwissenschaftler Klaus Dörre, in den Griff einer „ökologisch-ökonomischen Zangenkrise“ geraten, die mit den bisherigen neoliberalen Wachstumsstrategien (Profitförderung und Umverteilung von unten nach oben und Zurückdrängung gewerkschaftlicher Flächentarife) nicht zu überwinden ist und der Hinwendung auf einen von SPD und Grünen in Angriff genommenen grünen Kapitalismus alles andere als förderlich ist. Diese Alternativen wurden von der LINKEN weder thematisiert noch in den Wahlkämpfen offensiv kommuniziert. Auch gegen den mit der Digitalisierung verbundenen Umbau der volkswirtschaftlichen Produktion und dem zu erwartenden massiven Arbeitsplatzabbau wurde nicht ausreichend gearbeitet. Dahinter verbarg sich teilweise auch die Angst, mit der Berücksichtigung „grüner“ Themen die programmatische Identität als Partei der sozialen Gerechtigkeit zu verlieren. Diese unzeitgemäße und undialektische Sicht (sozial ODER ökologisch) erwies und erweist sich indes gerade in der jüngeren Generation als kontraproduktiv und wenig attraktiv.

Es sind folgende Fragestellungen, derer sich die LINKE anzunehmen hat und zu allen Fragen die Perspektiven der Systemüberwindung durch eine sozial-ökologische Transformation aufzuzeigen:

- Welche Auswirkungen wird die Durchsetzung der neuen Produktionsweise im digitalen Kapitalismus („Plattformkapitalismus“) auf die Arbeitsverhältnisse und Lebensweise der Beschäftigten haben?

- Welche Ausbildungs- und Qualifikationsstrukturen und -anforderungen werden mit der Durchsetzung „grüner“ Technologien auf die Beschäftigten zukommen?
- Welche Auswirkungen auf Beschäftigung, Qualifikation und Entlohnung werden auf die deutsche Automobilindustrie zukommen? Welche Arbeitsplatzfolgen sind für die deutlich weniger benötigten Zulieferer zu befürchten?
- Wird es den Gewerkschaften gelingen, sich in den neuen Produktions- und Beschäftigungsstrukturen wirksam zu verankern und ihre Organisationsmächtigkeit zu behalten („Gute Arbeit“)?
- Werden die Gewerkschaften in der Internet-Wirtschaft und der Industrie 4.0 zu einem Auslaufmodell? Gibt es alternative Organisationsmodelle?
- Entsteht eine „neue“ Arbeiterklasse im grünen und digitalen Kapitalismus, wie stellt sich die Fragen nach deren Organisation und Handlungsfähigkeit?
- Wie werden sich der Arbeitsmarkt und die Berufsfelder in den nächsten Jahrzehnten verändern?
- Welche Bedeutung wird im Zeichen der digitalen Zukunft die produktive menschliche Arbeit und die Mehrwertproduktion erhalten?

4. Das neue Projekt einer sozialistischen Linken – sozialökologische Transformation zu einem nachhaltigen und „erweiterten“ Sozialismus

Eine sozialistische Partei bleibt eine lebensfähige Organisationsform, wenn sie eine eigenständige und unverwechselbare politische und weltanschauliche Identität besitzt, wenn sie einen sozialen Träger (ein soziales Subjekt) besitzt und über eine Programmatik verfügt, die die Kämpfe und Ziele dieses (geschichtlichen) Subjekts zu leiten und zu befördern vermag. Traditionell waren die sozialistischen wie auch die bürgerlichen Parteien immer Klassenparteien, auch wenn die bürgerlichen Parteien ihren Klassencharakter häufig zu verschleiern suchten und sich den Anstrich „nationaler“ politischer Parteien oder den von „Volksparteien“ gaben, deren Kern und politische Macht indes verschiedene Fraktionen der herrschenden bürgerlichen Klassenkräfte darstellten. Ein Merkmal des 20. Jahrhunderts ist, dass sich auch die SPD, im „Godesberger Programm“ zu einer „Volkspartei“ erklärte. Die Begründung war, dass im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung zum „Wohlstandskapitalismus“ aus den einstigen Proletariern nunmehr „Wirtschaftsbürger“ (Fritz Erler) geworden seien und die alte Klassengesellschaft ausgedient habe. Sie sei zu einer „sozialen Marktwirtschaft“ gereift sei, die den „Klassenkampf“ obsolet gemacht habe. Der Staat sei nicht mehr, wie noch bei Marx, ein „Klassenstaat“, sondern habe die Rolle eines „Schiedsrichters“ übernommen, der die Interessen und Erwartungen der unterschiedlichen Gruppen in der „sozialen Marktwirtschaft“ zwischen den verschiedenen Interessen „auszugleichen“ beauftragt sei. Soweit das sozialdemokratische Narrativ der Ersetzung des marxistischen Gedankenguts durch das bürgerliche Pluralismuskonzept und der ordoliberalen Wirtschaftstheorie. Mit dem Godesberger Parteitag und der Abschwörung des „Klassenkampfes“ wurde die ideologisch-politische Vorbereitung für die spätere Übernahme der Regierungsgeschäfte geschaffen, die Regie dabei hatte der Oppositionschef der SPD Herbert Wehner inne. Gegen diesen Kurs opponierten nur wenige linke Sozialdemokraten wie Wolfgang Abendroth und Peter von Oertzen. Die Geschichte der LINKEN, ihr Aufstieg hing direkt zusammen mit der eintretenden Krise der SPD unter Schröders Hartz-4-Kurs.

Erstmals seit Beginn der Nachkriegspolitik positionierte sich eine links von der Sozialdemokratie stehende Partei als relevante politische Kraft.

Im Unterschied zu früheren Zeiten war die LINKE nicht das politische Ergebnis einer aufstrebenden Klassenbewegung wie im Falle der revolutionären SPD des 19. Jahrhunderts, sondern die Konsequenz aus einer doppelten Krise, der Krise und dem schließlichen Ende der SED und der Krise der Schröder-SPD. Es kam zur Gründung der WASG (Wahlalternative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit) im Jahr 2005, einem Zusammenschluss linker, vorwiegend gewerkschaftlicher Kritiker der neoliberalen Politik Schröders. Aus geschichtlichen Erfahrungen heraus hatte sich die 2007 gegründete LINKE vorgenommen, die verschiedenen früheren ideologischen Spaltungen zu überwinden und sich als pluralistische linkssozialistische Partei aufzustellen. Voraussetzung war, einen Sozialismus anzustreben, der demokratisch und lebenswert und ohne Denkverbote sein sollte. Linke Sozialdemokraten, ehemalige DKP-Mitglieder, ehemalige Angehörige maoistischer und trotzkistischer Gruppen sowie einige linksökologische Aktivisten waren bereit, diesen Versuch zu wagen. Leitidee und

öffentlich wahrgenommener Markenkern der Partei war die „soziale Gerechtigkeit“ und die Zielsetzung eines „demokratischen Sozialismus“, der ebenso sehr dem „Stalinismus als System“ (Michael Schumann) abschwor wie den alten zentralistischen Strukturen und Praktiken in der Tradition der leninistischen Kaderpartei.

Seit der Gründung der LINKEN 2007 sind mehr als 15 Jahre vergangen und es scheint, als sei der Aufstiegserfolg und die Gründungsimpulse der Partei verbraucht. Der Kapitalismus hat sich in dieser Zeit spürbar geändert und mit verloren frühere Themen an Zugkraft. Mit der Abschwächung und einem partiellen Umbau der Hartz-4-Politik der SPD und der Umstellung auf Themen wie „digitaler und grüner Kapitalismus“ muss sich die LINKE fragen, warum sie diesen Veränderungen offenkundig nicht Rechnung getragen hat, insbesondere dadurch, sich programmatisch wirksamer aufzustellen und ihre Vorstellung vom demokratischen Sozialismus stärker mit den Alltagskämpfen in der bundesdeutschen Krisenrealität zu verbinden, etwa in der Art, wie es Bernie Sanders in den USA praktiziert. Er und seine Mitstreiter:innen verstehe es, radikale Kapitalismuskritik zu üben und die ökologische und soziale Dauerkrise als im Wallstreet-Kapitalismus nicht lösbar zu erklären. Es gelingt den „democratic socialists“ offenbar gut, die Lebensinteressen der vor allem jungen US-Wähler:innen mit sozialistischen Forderungen und Zukunftszielsetzungen zu verbinden. Wir sollten von der linken US-Bewegung lernen! Motto: „Socialism ist back“.

Wie sieht es mit dem sozialistischen Projekt in der Bundesrepublik aus?

Klaus Dörre, marxistischer Sozialwissenschaftler an der Universität Jena, hat sich mit der Frage beschäftigt, ob der in der BRD negativ konnotierte Begriff des „Sozialismus“ vielleicht durch einen weniger „besetzten“ Begriff ersetzt werden müsse: „Solidarische Gesellschaft“, „Neosozialismus“, „Ökosozialismus“, „Radikaler Humanismus“, „Postwachstumsgesellschaft“ – das sind einige der Versionen, die von verschiedenen Autoren bisher ins Spiel gebracht wurden. In seinem Buch „Die Utopie des Sozialismus“ (2021) entscheidet sich Dörre schließlich für ein Beibehalten des durch die marxsche Tradition hervorgebrachten Begriffs: Sozialismus.

Dass dieser Sozialismus weder mit den stalinistischen Deformationen im untergegangenen Staatssozialismen vergleichbar sein darf noch im industrialistischen Sozialismustyp des 20. Jahrhundert stecken bleibend, ist für Dörre im Zeitalter der Klimakrise und der im heutigen Kapitalismus unaufhebbaren „ökologisch-ökonomischen Zangenkrise“ eine Selbstverständlichkeit. Ebenso wie sein Lehrer Frank Deppe ist er der Auffassung, dass von dem tradierten Sozialismusbegriff nichts mehr ausstrahlt, das zu früheren Zeiten für die Arbeiterbewegung jene Begeisterung und einen Zukunftsoptimismus ausgestrahlt hat, die die Begeisterung und den Mut im Klassenkampf für eine Zukunft ohne kapitalistische Ausbeutung befeuert hat. Angesichts des Scheiterns der staatssozialistischen Gesellschaften und dem geschichtlichen Scheitern der kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen (Sieg des Faschismus), der verlorenen Auseinandersetzungen um eine Neugestaltung der Nachkriegsordnung in der BRD war es an der Zeit, sich wissenschaftlich-kritisch mit Geschichte und Idee des Sozialismus auseinanderzusetzen. Dieser schweren Aufgaben hat sich Frank Deppe, emeritierter Professor der Marburger Philipps-Universität in seinem Buch „SOZIALISMUS, Geburt und Aufschwung – Widersprüche und Niedergang – Perspektive“ unterzogen.

Er schreibt über Idee des Sozialismus und Entstehung der deutschen Arbeiterbewegung, der Herausbildung des wissenschaftlichen Sozialismus durch Marx und Engels, das Zeitalter der Katastrophen im 20. Jahrhundert, Oktoberrevolution, Aufschwung und Niedergang des realen Sozialismus, Stalinismus, Scheitern der Sozialdemokratie und des „parlamentarischen Sozialismus“, Nachkriegsordnung und Kalter Krieg, 68er-„Revolutionen“ und die Ära der Globalisierung und des Neoliberalismus bis zur heutigen Krise beider Konzepte. Die Jahrhundertbilanz fällt für Deppe ernüchternd aus:

„Nach 100 Jahren existiert das sozialistische Projekt gesellschaftlicher Umgestaltung im Sine der klassischen Forderungen nach der Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der ‚Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft‘ als entwickelte Form der sozialistischen Demokratie und Selbstverwaltung nicht mehr als Projekt einer proletarischen Klassenbewegung sowie von Massenparteien der Arbeiterbewegung. Ob sich aus den ‚großen Chaos‘ im Übergang ins 21. Jahrhundert eine neue Zukunftsperspektive für dieses Projekt eröffnen wird, ist offen.“ (Deppe, 260)

Kann angesichts dessen der Sozialismus ein Zukunfts-Erfolgsmodell sein?

„Wenn diese Sozialismus-Bilanz derart ernüchternd ausfällt und wichtige gesellschaftlich-soziale Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind, was berechtigt den Autor dann, sich einen Sozialismus des 21. Jahrhunderts als Lösungskonzept für die heutigen Krisenprozesse und –szenarien vorzustellen? Angesichts mannigfaltiger möglicher Alternativ-Szenarien in den heutigen kapitalistischen Zivilgesellschaften und politischen Systemen ist es

unvermeidlich, "dass das Projekt des Sozialismus im 21. Jahrhundert mit zahlreichen offenen Fragen und Widersprüchen konfrontiert wird, die einerseits in theoretischen Debatten und Analysen geklärt werden müssen, aber andererseits nur in der politischen Praxis und in den Kämpfen um Veränderung von Machtverhältnissen (vom Arbeits- und Produktionsprozess über die Zivilgesellschaft bis zur politisch-staatlichen Sphäre) aufgelöst werden können." (Deppe, 305)

Wenn zur Lösung der heutigen Probleme (Klimakatastrophe und „Zangenkrise“) der Kapitalismus systembedingt versagen muss und nur eine nachhaltige Produktionsweise jenseits des Profits und in Übereinstimmung mit humanen Entwicklungsbedingungen eine Lösung darstellt, dann kommt folglich nur der Sozialismus infrage. Das ist unsere Überzeugung. Aber welcher Sozialismus? Nicht der alte, bekannte, es muss ein nachhaltiger, demokratischer, humaner Sozialismus sein. Das ist die Auffassung von Klaus Dörre, der die Vorstellung vertritt, dass der Sozialismus wieder zu einer „Utopie“ werden und den Menschen neue Hoffnung und Leidenschaft vermitteln müsse. „Utopie“ versteht Dörre nicht als Absage an den wissenschaftlichen Sozialismus, sondern im Blochschen Sinne, als „konkrete Utopie“, die keine Absage an die marxische Utopiekritik sein soll, sondern deren Weiterentwicklung. Bloch will indes der Verallgemeinerung einer solchen Kritik auf jegliche Utopien entgegentreten, die Vielfalt des Utopischen aufzeigen und insbesondere die Unerlässlichkeit sozialutopischer Antizipationen im Kontext marxistischer Praxis geltend machen. Die konkrete Utopie setzt die Marxsche Ökonomiekritik voraus und bezieht sich insbesondere seit Anfang der dreißiger Jahre positiv auf die damalige Arbeiterbewegung.

(Ernst Bloch: Zur Ontologie des Noch-Nicht-Seins, in: Hans Heinz Holz (Hrsg.), Ernst Bloch – Auswahl aus seinen Schriften. Frankfurt a. M./Hamburg: Fischer, 1967, S. 63.

Für Klaus Dörre ist die Nachhaltigkeit aller gesellschaftlichen Lösungen zur Überwindung der ökologischen Krise die entscheidende Voraussetzung, und ein Sozialismus, der diese Voraussetzung nicht bietet, verbaut die erforderlichen Lösungen. Sein Handlungsleitfaden ist:

„Kombiniert man die elementaren Dreiecke des Sozialismus und der Nachhaltigkeit mit den Strategien der sozialistischen Handlungsfähigkeit, erhält man einen Kompass, der in unübersichtlichem Gelände Orientierung für emanzipatorische Bestrebungen bieten kann. Mithilfe dieses Kompasses lassen sich Übergänge aufspüren, die von expansive zu nachhaltigen Gesellschaften führen und als Formationswandel zu konzipieren sind. Wege zu einer ökosozialistischen Formation öffnen sich im Kampf um gesellschaftliche Mehrheiten. Sie können von erwachenden Selbstbewusstsein einer neuen Lohnabhängigenklasse profitieren. Attraktiv wird ein nachhaltiger Sozialismus, sofern er als rebellische Lebensform begriff wird, die Veränderungen im Hier und Jetzt durchsetzen will, deshalb gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zu beeinflussen sucht und Anknüpfungspunkte in den progressiven Varianten eines globalen Green New Deal und seiner Sicherheitsarchitektur findet.“ (Dörre, 223)

Das ist das Programm, an dem Klaus Dörre arbeitet und Frank Deppe zur Notwendigkeit eines „erweiterten Sozialismusbegriffs“ führt.

Das wäre auch das Programm, an dem die LINKE arbeiten sollte, anstatt sich immer tiefer in die Spaltung zu vergraben. Diese Aufgabe kann nur sie übernehmen, die werden ihr die rot-grünen Strategien des grünen Kapitalismus nicht abnehmen. Eine solche Orientierung und einen solchen politischen Prozess in Gang zu setzen, wird der LINKEN neue Kräfte und Perspektiven zuführen und die Problematik ihrer Krise gegenstandslos machen.